

### 3. Novelle der 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – Rückmeldungen aus der Befassung der Corona-Kommission bis 05.03.2021, 12 Uhr

Zusammenfassung der Befassung der Corona-Kommission:

3 Rückmeldungen von KurienvorteilertInnen sind eingelangt: Aberle, BMJ, Land Wien

Rückmeldungen im Detail:

Name, Kurie	Datum	Bezugnehmende §§	Stellungnahme inhaltlich
Aberle, MUW	4.3.2021	§ 16 Abs. 12	<p>Zu § 16 Abs. 12:</p> <p>"oder ein Absonderungsbescheid, wenn dieser für eine nachweislich an COVID-19 erkrankte Person ausgestellt wurde, gleichzuhalten"</p> <p>Ist hier wirklich nur ein Absonderungsbescheid von erkrankten oder auch von nachweislich mit SARS-CoV-2 infizierten Personen gemeint?</p>
Martini, BMJ	5.3.2021	Rechtliche Begründung	<p>wir bedanken uns für die Aufnahme der Richter in der Begründung.</p> <p>Wir haben allerdings noch eine Anmerkung dazu:</p> <p>Im Vorschlag für die Begründung heißt es, dass die "Kontaktierung von Patienten oder Heimbewohnern durch Richter im Rahmen der Anhörung nach § 19 UbG oder § 12 HeimAufG nicht als Besuch im Sinne dieser Verordnung" gilt. Das greift aber zu kurz, weil - und das war der Anlass - auch die Kontaktierung von Bewohnern im Rahmen einer Erstanhörung nach § 118 AußStrG im Verfahren zur Bestellung eines gerichtlichen Erwachsenenvertreters kein "Besuch" sein kann. Dieser Fall sollte jedenfalls erwähnt werden. Überhaupt sollten auch andere gerichtlichen Termine nicht zählen, das könnte man durch eine demonstrative Aufzählung ("insbesondere die Kontaktierung von Patienten oder Heimbewohnern durch Richter im Rahmen der Erstanhörung im Verfahren zur Bestellung eines Erwachsenenvertreters (§ 118 AußStrG) oder einer Anhörung nach § 19 UbG oder § 12 HeimAufG nicht als Besuch im Sinne dieser Verordnung") erreichen.</p>
Müller, Land Wien	5.3.2021	Z 1 (§ 5 Abs. 3 Z 1)	<p>In redaktioneller Hinsicht wird angemerkt, dass nach dem übermittelten Kunsttext - anders als nach dem Verordnungsentwurf - der zweite Satz der Bestimmung („Der Kunde hat diesen Nachweis für die Dauer des Aufenthalts bereitzuhalten.“) entfallen soll.</p>

		<p>Ziffern 6 und 7: (§ 11 Abs. 2 Z 3 und § 11 Abs. 3)</p>	<p>Die nunmehr geänderte Besuchsregelung in Krankenanstalten - ein Besucher pro Patient pro Tag - unterscheidet sich stark von jener in Pflegeeinrichtungen (zwei Besuche mit jeweils höchstens zwei Personen pro Bewohner pro Woche).</p> <p>Das bedeutet, dass im Krankenhaus in einer Woche pro Patient potentiell sieben Besucher und in einer Pflegeeinrichtung pro Bewohner potentiell maximal vier Besucher möglich sind. Im Sinne der aktuellen Diskussion um mögliche Lockerungen in Pflegeeinrichtungen ist dies nicht nachvollziehbar. Eine sachliche Begründung für diese Differenzierung ist der „Rechtlichen Begründung“ nicht zu entnehmen.</p> <p>Während der Entfall der Testpflicht für Begleitpersonen im Rahmen von Entbindungen und der Palliativ- und Hospizbegleitung durchaus nachvollziehbar ist, kann dieser hinsichtlich Besuche im Rahmen der Seelsorge – sofern diese nicht in Zusammenhang mit der Sterbebegleitung stehen - nicht nachvollzogen werden.</p> <p>Darüber hinaus ist die „Rechtliche Begründung“ in mehrerlei Hinsicht unklar. So sind einerseits die Ausführungen zu den „Gegenausnahmen“ zu § 16 Abs. 1 Z 3 (welcher im Gegensatz zu § 16 Abs. 1 Z 1 keine Ausnahmen enthält) schwer nachzuvollziehen und sind andererseits die Ausführungen zur „Ausnahme von Besuchen zu einer Entbindung“ unvollständig bzw. unklar.</p> <p>In redaktioneller Hinsicht wird zu Z 6 angemerkt, dass in der Novellierungsanordnung das Wort „In“ zu entfallen hätte.</p> <p>Sofern die Begleitpersonen „vor und zu“ einer Entbindung gemeint sind, wäre diese Wortfolge (entsprechend dem Wortlaut des § 11 Abs. 2 Z 6) zu ergänzen.</p>
		<p>Z 8 (§ 16 Abs. 12)</p>	<p>Es wird festgehalten, dass die Aufnahme eines Nachweises nach § 4 Abs. 18 des Epidemiegesetzes 1950 - EpiG (Genesungsbescheinigung) im Hinblick darauf, dass ohnehin auch ein Absonderungsbescheid, einem Nachweis über ein negatives Testergebnis auf SARS-CoV-2 gleichzuhalten ist, nicht erforderlich ist. Darüber hinaus ist die Ausstellung eines solchen Nachweises in Verbindung mit der in § 4 Abs. 20 EpiG getroffenen Regelung mit einem sehr hohen Verwaltungsaufwand verbunden.</p> <p>Weiters darf angemerkt werden, dass, auch wenn - wie auch in der „Rechtlichen Beurteilung“ ausgeführt - § 15 Abs. 2 Z 5 EpiG und § 1 Abs. 5 Z 5 COVID-19-Maßnahmegesetz vorsehen, dass einer ärztlichen Bestätigung über eine erfolgte und aktuell abgelaufene Infektion ein Nachweis nach § 4 Abs. 18 EpiG und ein</p>

			<p>Absonderungsbescheid gleichzuhalten sind, wenn dieser für eine nachweislich an COVID-19 erkrankte Person ausgestellt wurde, klarzustellen wäre, dass die Absonderung zwischenzeitlich beendet sein muss. Angemerkt wird überdies, dass in den angeführten gesetzlichen Bestimmungen weiterhin auch auf einen positiven Antikörpertest Bezug genommen wird, der sich in dieser Bestimmung des Verordnungsentwurfes nicht wiederfindet.</p>
		<p>Rechtliche Begründung</p>	<p>Diesbezüglich ist auszuführen, dass der im Einleitungssatz angeführte Zeitraum ebenso wie der Zeitpunkt des Außerkrafttretens der Verordnung nicht mit dem Verordnungstext übereinstimmen und es in den Ausführungen zu § 22 im ersten Satz „§ 11 Abs. 3 COVID-19-MG“ heißen müsste. Angemerkt wird, dass der übermittelte Kunsttext in mehreren Punkten nicht mit dem Verordnungsentwurf übereinstimmt.</p> <p>Auch wenn die Bestimmung des § 6 Abs. 6 Z 2 nicht Gegenstand der vorliegenden Novelle ist, wird angeregt klarzustellen, was unter dem Begriff „mobile Pflege- und Betreuungsdienstleister“ zu verstehen ist. Derzeit ist unklar, ob lediglich „mobile Pflege- und Betreuungsdienstleister“ wie z. B. Anbieter von Heimhilfe gemeint sind (vgl. beispielsweise auch die Definition in § 3 Pflegefondsgesetz) oder auch sämtliche sonstigen mobilen Betreuungsdienstleister, z. B. aus dem Bereich der Behindertenhilfe, Wohnungslosenhilfe oder der Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde.</p>